



Sondersitzung zur Silvesternacht

Viele Versprechungen, keine Verantwortung

Der Landtag NRW diskutierte am Donnerstag auf Antrag von CDU und FDP die Konsequenzen aus der Silvesternacht. Die Ministerpräsidentin konnte nicht überzeugen und stellt sich weiter hinter ihren Innenminister. So wird es nichts mit dem dringend benötigten Neuanfang in NRW!

Zu Beginn der rund vierstündigen Sitzung hat sich Ministerpräsidentin Kraft endlich im Namen der Landesregierung entschuldigt und mehr Polizei, eine Stärkung der Staatsanwaltschaft und mehr Videoüberwachung angekündigt. Konkret sollen 500 zusätzliche Polizeibeamte eingestellt werden, aus dem Dienst scheidende Polizisten sollen auf freiwilliger Basis verlängern können. Damit kommt Rot-Grün zentralen Forderungen der NRW-CDU nach. Diese müssen aber auch ohne Wenn und Aber umgesetzt werden, und es kann nicht dabei bleiben: Wie müssen Polizisten mit Body-Cams ausrüsten, für Angriffe auf Einsatzkräfte muss eine Mindeststrafe eingeführt werden, und wir brauchen das Mittel der Schleierfahndung.

Frau Kraft hat, wie es unser Fraktionsvorsitzender Armin Laschet ganz richtig gesagt hat, eine Bankrotterklärung der Landesregierung über fünf Jahren Innenpolitik abgegeben! Das ist vor allem die Schuld des Innenministers, der sich immer noch vor seiner politischen Verantwortung drückt und stattdessen weiter auf der Polizei herumhackt. Er verspricht viel, aber unternimmt nichts.

Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizei und den Staat wiederherzustellen, braucht es einen Neuanfang für mehr Sicherheit in NRW.

Selbstjustiz

Es gibt keine Rechtfertigung für Angriffe auf Unschuldige

Die Silvester-Ausschreitungen von asylsuchenden oder migrierten Straftätern in der Silvesternacht nutzen rechtsextreme und fremdenfeindliche Kreise zur Rechtfertigung von wahllosen Angriffen auf Nicht-Deutsche. Der Rechtsstaat ist gefordert, die Öffentliche Ordnung sicherzustellen. Daher erkundige ich mich bei der Landesregierung über die Ausmaße und Hintergründe der Übergriffe auf unschuldige Personen.

Diverse Medien berichteten in den vergangenen Tagen, dass sich gezielt Personen aus der Rechtsextremen-, Hooligan-, Rocker- und Türsteher-Szene verabreden, um „das Recht selbst in die Hand zu nehmen“. Am Sonntagabend sind offenbar binnen einiger Stunden 153 deutsche Personen überprüft und 199 Platzverweise ausgesprochen worden. Die Polizei hatte nach Hinweisen auf die organisierte Selbstjustiz ihre Truppenstärke in der Innenstadt erhöht. Dort kam es zu mehreren Attacken gegen Migranten. Auch ein in Frechen lebender Syrer wurde angegriffen.

In einer Kleinen Anfrage erkundige ich mich nun über die Strategien zur Unterbindung und der Strafverfolgung von Selbstjustiz. Zudem frage ich nach den tatsächlichen Ausmaßen und ob das Phänomen, dass rechtsextreme oder fremdenfeindliche Kräfte sich über soziale Netzwerke gezielt verabreden, um Jagd auf Migranten zu machen, auch außerhalb der Kölner Vorfälle zu beobachten ist.

Die Selbstjustiz und die Jagd auf unschuldige Menschen sind nicht zu rechtfertigen. Ich erwarte von der Landesregierung ein entschlossenes Vorgehen gegen Straftäter ohne Rücksicht auf Personen, Ethnien und religiösen Hintergründe.

Mehr zu meiner politischen Arbeit in Düsseldorf und zu den Vorfällen in Köln lesen und hören Sie hier:

Welt am Sonntag: <http://kurzlink.de/welt160110>

Express: <http://kurzlink.de/express160113>

Rheinische Post: <http://kurzlink.de/RP160114>

WDR2: <http://kurzlink.de/WDR160114>